

Gertrude Enderle-Burcel

Lust und Frust des Edierens

Gedanken zu dreißig Jahren Edition der Ministerratsprotokolle der Republik Österreich

Für die wenigen Quellenpublikationen zur österreichischen Zeitgeschichte – wie etwa die Ausgabe der österreichisch-ungarischen diplomatischen Akten zur Vorgeschichte des Ersten Weltkrieges 1930¹, das „Rot-Weiß-Rot-Buch“ 1946² oder die Gerichtsprotokolle des Hochverratsprozesses gegen Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht 1947³ – waren politische Motive ausschlaggebend gewesen. Die österreichische Zeitgeschichtsforschung führte nach diesen ersten Rechtfertigungspublikationen noch lange ein „Schattendasein“.⁴ Erste Aktivitäten wurden außerhalb der Universitäten gesetzt. Insgesamt erfolgte die Etablierung der Zeitgeschichte in Österreich im Vergleich zur Bundesrepublik Deutschland ein Jahrzehnt später⁵ und war großkoalitionär⁶ orientiert.

¹ Österreich-Ungarns Außenpolitik von der bosnischen Krise 1908 bis zum Kriegsausbruch 1914. Diplomatische Aktenstücke des österreichisch-ungarischen Ministeriums des Äußern, ausgewählt von Ludwig Bittner, Alfred Francis Pribram et al., bearbeitet von Ludwig Bittner und Hans Uebersberger, 9 Bde., Wien 1930.

² Rot-Weiß-Rot-Buch. Gerechtigkeit für Österreich! Darstellungen, Dokumente und Nachweise zur Vorgeschichte und Geschichte der Okkupation Österreichs. Erster Teil (nach amtlichen Quellen), Wien 1946.

³ Der Hochverratsprozeß gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht. Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumenten, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten, Wien 1947.

⁴ Rudolf Neck, Zur Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik, in: Protokolle des Ministerrates der Ersten Republik, Abteilung VIII, 20. Mai 1932 bis 25. Juli 1934, Kabinett Dr. Engelbert Dollfuß, Bd. 1, 20. Mai 1932 bis 18. Oktober 1932, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Wien 1980, S. IX–XII, hier IX.

⁵ Vgl. dazu im Detail Ernst Hanisch, Österreich – Die Dominanz des Staates. Zeitgeschichte im Drehkreuz von Politik und Wissenschaft, S. 1–22, Gründungsakte S. 2–9. [http://docupedia.de/docupedia/images/5/52/Österreich - Die Dominanz des Staates.pdf](http://docupedia.de/docupedia/images/5/52/Österreich_-_Die_Dominanz_des_Staates.pdf). Abgerufen am 29. September 2011.

⁶ Vgl. dazu etwa Rupert Pichler / Michael Stampfer / Reinhold Hofer, Forschung, Geld und Politik, Die staatliche Forschungsförderung in Österreich 1945–2005, Innsbruck–Wien 2007, S. 131 ff., 137, 191 ff.

Herbert Steiner gründete gemeinsam mit ehemaligen WiderstandskämpferInnen und Verfolgten sowie einigen engagierten Wissenschaftern 1963 das Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (DÖW)⁷, 1966 wurde das Institut für Zeitgeschichte an der Universität Wien errichtet⁸, die Wissenschaftliche Kommission des Theodor-Körner-Stiftungsfonds und der Leopold Kunschak-Preis zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938⁹ wurden 1971 ins Leben gerufen. Diese Institutionen schufen wesentliche Voraussetzungen für die wissenschaftliche Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit und waren stark quellenorientiert ausgerichtet. Diese positive Grundstimmung zum Quellenmaterial bereitete den Weg zu wissenschaftlichen Quelleneditionen vor, die helfen sollten, eine Vergangenheit aufzuarbeiten, die nicht sehr weit zurücklag.

Quellenpublikationen zur österreichischen Zeitgeschichte

Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik

Am Anfang der Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik stand eine politische Willenskundgebung. Bundeskanzler Bruno Kreisky und Wissenschaftsministerin Hertha Firnberg schufen 1979 – gemeinsam mit dem damaligen Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs Rudolf Neck – die Voraussetzungen für diese Aktenedition.¹⁰ Für die schon lange angedachte Edition der Ministerratsprotokolle waren die Rahmenbedingungen Anfang bis Mitte der

⁷ Brigitte Bailer-Galanda / Wolfgang Neugebauer, 40 Jahre Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes 1963–2003, Wien 2003.

⁸ Friedrich Stadler, 40 Jahre Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien – Zwischen Disziplin und Forschungsfeld, 2006, Online-Zeitung der Universität Wien, www.dieUniversitaet-online.at, abgerufen am 28. September 2011.

⁹ Rudolf Neck, Die Wissenschaftliche Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938, in: Vom Justizpalast zum Heldenplatz. Studien und Dokumentationen 1927 bis 1938, Festgabe der Wissenschaftlichen Kommission des Theodor Körner-Stiftungsfonds und des Leopold Kunschak-Preises zur Erforschung der österreichischen Geschichte der Jahre 1927 bis 1938 anlässlich des dreißigjährigen Bestandes der Zweiten Republik Österreich und der zwanzigsten Wiederkehr des Jahrestages des Österreichischen Staatsvertrages, hrsg. von Ludwig Jedlicka und Rudolf Neck, Wien 1975, S. 15 f. Der Beitrag enthält Hinweise auf Entstehung und Tätigkeitsfeld der Kommission.

¹⁰ Protokolle des Ministerrates, Kabinett Dollfuß, Bd. 1, Geleitwort von Hertha Firnberg, S. V.

siebziger Jahre nicht schlecht, auch wenn Editionen nicht in den damals bevorzugten Forschungsbereich der industriell-gewerblichen Forschung fielen.¹¹

Im Rahmen der großkoalitionär aufgebauten Wissenschaftlichen Kommission war schon zu Lebzeiten von Ludwig Jedlicka – neben vielen anderen Aktivitäten¹² – eine Gesamtedition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik angedacht – ohne thematische Einschränkung, ohne apologetische oder akkusatorische Tendenz, frei vom Druck eines „Jubiläums“ und ohne politische Einflussnahme.

In einem Dokumentenanhang der Publikation „Vom Justizpalast zum Heldenplatz“ wurden zum ersten Mal Auszüge aus den Protokollen des Ministerates der Ersten Republik abgedruckt.¹³ Dies war zu diesem Zeitpunkt überaus bemerkenswert, da noch ein Jahr davor die Akten ab 1918 für die Forschung gesperrt waren.

Die Edition der Ministerratsprotokolle begann in einer Zeit, in der wichtige universitäre und außeruniversitäre Institutionen das Sammeln, Sichten und Edieren von historischen Quellen als unverzichtbaren Bestandteil der Zeitgeschichtsforschung betrachteten. Die politische Unterstützung dafür erfolgte nicht zuletzt aus einem ausgeprägten, öffentlich oft dokumentierten Geschichtsbewusstsein bei Bruno Kreisky und Hertha Firnberg.

Das Editionsprojekt war mit ursprünglich geplanten 30 Bänden groß angelegt, die finanzielle Basis dagegen von Anfang an bescheiden und erreichte niemals ein Niveau, das dem Umfang des Quellenmaterials entsprochen und einem internationalen Vergleich standgehalten hätte. Derzeit sind 23 Bände ediert und 27 stehen noch aus, doch wurden die Editionsarbeiten mit Dezember 2011 eingestellt. Für die Fortsetzung der Edition besteht derzeit kein politischer Wille.

Die Edition wurde 1979 in Analogie zur Edition der Ministerratsprotokolle der Monarchie organisatorisch an das Österreichische Ost- und Südosteuropainstitut (OSI) angeschlossen. Räumlich und arbeitsmäßig vom OSI vollkommen getrennt, wurde nach einer anderen Organisationsform gesucht. Die Lösung bestand, wie so oft im wissenschaftlichen Bereich, in der Gründung eines Vereines: Die Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien (ÖGQ) konstituierte sich am 18. April 1980 als Verein¹⁴ und ist seitdem Trägerorganisation für die Edition der Ministerratsprotokolle. Der Vorstand war und ist von Archivarinnen und Archivaren des Österreichischen Staatsarchivs dominiert.

¹¹ Clarissa Fräss-Ehrfeld, Forschungsfinanzierung bzw. Forschungsförderung in Österreich in der Zweiten Republik: eine kritische Bestandsaufnahme, Diss., Wirtschaftsuniversität Wien 2002, S. 118.

¹² Unterlagen zur Tätigkeit der Wissenschaftlichen Kommission vgl. ÖStA, Nachlässe, Bestand Wissenschaftliche Kommission.

¹³ Vom Justizpalast zum Heldenplatz, Dokumente, ab S. 271.

¹⁴ Sicherheitsdirektion für Wien I-SD/542 BVP/80 Nichtuntersagungsbescheid.

Im Laufe der Jahrzehnte konnte nur eine einzige dauerhafte Planstelle für die Edition erreicht werden. Rudolf Neck, Generaldirektor des Österreichischen Staatsarchivs von 1979 bis 1986, war der einzige Generaldirektor, der sich aktiv für die Verankerung der Edition im Staatsarchiv eingesetzt hat. Die Bearbeitung der Bände der Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik wurde – finanziert durch eine Basissubvention vom Wissenschaftsministerium – im Laufe der Jahre von verschiedenen Bearbeiterinnen und Bearbeitern geleistet. Dabei zeigt sich der Nachteil dieser Art von Finanzierung. Durch die jährliche und im Laufe der Jahrzehnte schrumpfende Förderung durch das Wissenschaftsministerium kam es zu keinem eingearbeiteten Editionsteam. Einige Bearbeiterinnen und Bearbeiter erwiesen sich als nicht geeignet. Einige sahen die Tätigkeit nur als vorübergehende Beschäftigung an und wechselten bei erster Gelegenheit in ein anderes wissenschaftliches Tätigkeitsfeld, das mehr ihren Neigungen entsprach, habilitierten sich und sind an der Universität oder in anderen Forschungseinrichtungen tätig.¹⁵ Vier ehemalige Mitarbeiter fanden eine Beschäftigung im Österreichischen Staatsarchiv.¹⁶ Die ÖGQ erfüllte damit in hohem Ausmaß eines der Ziele des FWF, das die qualitative und quantitative Ausweitung des Forschungspotentials nach dem Prinzip „Ausbildung durch Forschung“ vorsieht. Die kosten- und zeitaufwendige Ausbildung im Rahmen der Edition kam anderen wissenschaftlichen Organisationen zugute.

Das Editionsunternehmen war von Anfang an abhängig vom Zusammenwirken des Bundeskanzleramtes, zu dem das Österreichische Staatsarchiv ressortiert, mit dem Wissenschaftsministerium. Diese Abhängigkeit von zwei Trägerorganisationen und der Zwang, stetig abnehmende Basissubventionen durch Drittmittel zu ersetzen, ermöglichten zwar lange Jahre die zähe Fortsetzung der Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik und den Neubeginn der Edition der Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik im Jahre 1995, doch verschlechterten sich die Rahmenbedingungen kontinuierlich. In diesem schleichenden Aushungerungsprozess schob jede der Geld gebenden Stellen die Verantwortung für das Editionsunternehmen auf andere Trägerorganisationen.

Das Wissenschaftsministerium förderte die Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik von 1979 bis Mitte 2011 mit jährlichen Basissubventionen. Eine Förderung der Edition der Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik durch das Wissenschaftsministerium konnte nie erreicht werden. Innerhalb der komplexen Finanzierungs konstruktion von Langzeiteditionen war das Bundeskanzleramt mit einem Dienstposten, Räumlichkeiten und fallweisen Druckkostenbeiträgen lange Zeit noch der stabilste Partner.

¹⁵ An dieser Stelle seien etwa Walter Manoschek, Margit Reiter, Charlotte Natmeßnig, Peter Melichar oder Walter Mentzel angeführt.

¹⁶ An dieser Stelle seien Herbert Hutterer, Roman Eccher, Stefan Mach und Elisabeth Gmoser angeführt.

Edition der Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik

Auch hier stand am Anfang eine politische Willenskundgebung. Heinz Fischer setzte sich als Präsident des Nationalrates für einen Beginn dieser Editionsreihe ein. Bis zu diesem Zeitpunkt waren Quellentexte zur Zweiten Republik weitgehend nur als Ergänzung und Anhang zu einzelnen wissenschaftlichen Abhandlungen veröffentlicht. Auszüge aus den Kabinetts- und Ministerratsprotokollen zur Zweiten Republik waren lediglich zu dem Thema „Politik der österreichischen Regierung 1945 bis 1952 gegenüber den vertriebenen Juden“ vom britischen Historiker Robert Knight publiziert worden.¹⁷ Nur eine Gesamtedition der Kabinettsratsprotokolle der Provisorischen Regierung Renner nach streng wissenschaftlichen Kriterien – von Robert Knight stets unterstützt¹⁸ – eröffnete die Chance, den Stellenwert von Einzeldokumentationen und Einzeldarstellungen zur Gründungsphase der Zweiten Republik neu zu definieren bzw. vordergründige und voreilige Interpretationen und nachträgliche Rechtfertigungen von Zeitzeugen zu revidieren.

Die Aktenedition zur Zweiten Republik begann damit in Österreich sehr spät. Deutsche Akteneditionen gab es zu diesem Zeitpunkt bereits seit nahezu zwanzig Jahren.¹⁹ Die Finanzierung der Edition war von Anfang an mehr als unzureichend. Eine Mischung aus Projektgeldern des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung (FWF) und aus fallweisen Druckkostenförderungen durch das Bundeskanzleramt ermöglichten zumindest die Publikation von drei Bänden der „Protokolle des Kabinettsrates der Provisorischen Regierung Karl Renner 1945“ und sechs Bänden der „Protokolle des Ministerrates der Zweiten Republik, Kabinett Leopold Figl I“. Auf Grund der Forschungspolitik und der fehlenden Forschungsgelder wurde die Publikation von Einzelbänden

¹⁷ Robert Knight (Hrsg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“: Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung 1945–1952 über die Entschädigung der Juden, Frankfurt/M. 1988.

¹⁸ An dieser Stelle sei Robert Knight für sein stets faires Verhalten gegenüber dem Editionsprojekt im Begutachtungszeitraum zu danken. Obwohl der Kollege viel Material für weitere Publikationen hatte, setzte er sich uneingeschränkt für eine Gesamtedition ein.

¹⁹ Vgl. dazu die Edition „Akten zur Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1949“, hrsg. von Bundesarchiv und Institut für Zeitgeschichte, Bd. 1 (1976); oder etwa „Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle“, hrsg. für den Deutschen Bundestag von Kurt Georg Wernicke (für das Bundesarchiv von Hans Booms), Bd. 1 (1975); anzuführen ist auch die vom Bundesarchiv Koblenz seit 1982 herausgegebene Edition „Die Kabinettsratsprotokolle der Bundesregierung“ (ab 1949). Die sieben Bände für die Jahre 1949–1954 sind in den Jahren 1982 bis 1992 erschienen.

mit Band 6 Ende 2011 gestoppt. Das Fondsprojekt, das den letzten Zeitabschnitt – 1. März 1949 bis 8. November 1949 abdeckt – läuft im April 2013 aus.

Ein Fachgutachten vom März 1997, das anlässlich des Beginns der Edition der Ministerratsprotokolle der Regierung Figl I erstellt worden war, setzt sich sehr klar mit den Problemen bei Langzeiteditionen auseinander. Deutlich werden grundlegende Überlegungen ausgesprochenen, die bis zum heutigen Tag an Aktualität nichts verloren haben. So wies der anonyme Gutachter oder die anonyme Gutachterin darauf hin, dass der Bearbeitungs- und Erscheinungsrhythmus zu langsam sei. Unter anderem heißt es: „Die Regierung Figl würde also ca. 60 Jahre ‚after the event‘ erscheinen, also gut 30 Jahre hinter der Archivöffnungs- und Editionspraxis der führenden westlichen Demokratien (in den USA und GB werden Archivalien 25–30 Jahre ‚after the event‘ freigegeben und meist auch ungefähr gleichzeitig publiziert – vgl. etwa die FRUS-Praxis). Ist eine solche Nachzügelei im internationalen Vergleich für die damit offiziell befassten Stellen vertretbar? Oder sollte man sich bemühen, das Editionsvorhaben zu beschleunigen um rascher in die 1950er Jahre vorstoßen zu können?“²⁰ Das Gutachten sah in der ÖGQ, ausgewiesen im umsichtigen „historical editing“, den rechten Ort. Nach Bedenken im Gutachten über die Fähigkeit zur Übertragung der Gabelberger-Stenographie und der wissenschaftlichen Qualifikation der vorgesehenen Mitarbeiter, für die Ausbildung, ja internationale Ausbildung in „historical editing“ gefordert wurde, um „in Österreich langfristig wissenschaftlichen Nachwuchs“ aufzubauen und „nicht nur kurz- und mittelfristig Akademikerarbeitslosigkeit“ zu bekämpfen, kommt das Gutachten zu einigen grundsätzlichen Fragen, die mir so wichtig erscheinen, dass es sich lohnt, sie über längere Strecken zu zitieren:

„Warum tut der österreichische Staat so wenig in Richtung grundsätzlicher Regelung und Finanzierung von historisch wichtigen Aktenpublikationen zu den Entscheidungsgremien seiner politischen Elite? Wollen die Regierenden dafür nur Geld ausgeben, wenn es darum geht Angriffe gegen die Republik von Außen abzuwehren (eben nach dem 1. Weltkrieg die Akten zu den Ursprüngen des Krieges, oder etwa das Rot-Weiß-Rot Buch von 1946, ein besonders pathetischer Versuch der Rechtfertigung)?

Würde gesicherte staatliche Finanzierung solcher Editionsreihen nicht die historische Wahrheitsfindung beschleunigen und die gesamte Nachkriegsgeschichte auf feste Fundamente stellen, und damit den Regieren-

²⁰ Gutachten zum Projekt P12181-HIS des Fonds zur Förderung der Wissenschaftlichen Forschung, in einem Schreiben vom 3. März 1997 an die ÖGQ übermittelt.

den und den Staatsbürgern gesicherte Kenntnisse über die Vergangenheit liefern und das billige Spiel populistischer Politiker mit historischen Mythen als solches entlarven? Würde damit nicht auch das Misstrauen des Auslands über die Ernsthaftigkeit der Österreicher, ihre Verstrickung im 2. Weltkrieg aufzuarbeiten – und ihren Umgang damit nach dem Krieg zu hinterfragen – endlich abgebaut werden können?

Sollte eine moderne Demokratie es nicht selbstverständlich finden, die wichtigsten Aktenserien zur Innen- und Außenpolitik routinemäßig zu veröffentlichen, um den Weg zu historischer Wahrheitsfindung zu applizieren? Warum gibt es im Außenministerium nicht eine historische Sektion bzw. ein unabhängiges Institut, die die diplomatischen Akten à la FRUS veröffentlichen? In diesem Zusammenhang viel wichtiger – warum hat das Bundeskanzleramt, das sich für die Ministerratsprotokolle verantwortlich zeigt, nicht schon lange einen Budgetposten und Planstellen zur Veröffentlichung der Ministerratsprotokolle geschaffen? Ob dies im Staatsarchiv oder sonst wo gemacht würde, ist dabei nicht so wichtig, solange es von qualifizierten Fachkräften gemacht wird, die den [sic!] Ethos des Historikers hochhalten.“

Im Anschluss an diese grundlegenden Überlegungen kommt das Gutachten zu dem Schluss, dass der FWF nicht die richtige Geldgeberstelle ist, „um diese Art von langfristigen Projekten zu finanzieren.“ Abschließend wird dem Projekt höchste Wichtigkeit zugesprochen.

Der Kampf um Forschungsmittel wurde im Laufe der Jahrzehnte härter. Neunzig Jahre „after the event“ wird durch Einstellung der Förderung seitens des Wissenschaftsministeriums die Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik beendet. Parallel dazu wird jegliche Druckkostenförderung durch das Bundeskanzleramt eingestellt. Der achte und letzte Band der Edition der Regierung Schuschnigg (Juni 1937 bis März 1938) wird nicht mehr gedruckt werden. Sechzig Jahre „after the event“ wird auch die Edition der Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik gestoppt.

*Edition der Protokolle des Klubvorstandes
der Christlichsozialen Partei 1932–1934*

Ende der siebziger Jahre wurde zeitgleich mit der Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik die Edition der Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei begonnen. Auch dieses Editionsprojekt wurde im Rahmen der Wissenschaftlichen Kommission angeregt, betreut und publiziert. Die Edition begann mit den letzten Protokollen und umfasst die Jahre 1932 bis

1934.²¹ Der Zeitabschnitt wurde gewählt, da auch die Edition der Ministerratsprotokolle mit der Regierung Dollfuß begann, deren erster Band zeitgleich bearbeitet wurde und zeitgleich erschien. Im Vorwort des Bandes wird darauf hingewiesen, dass gerade „im Bereich der Zeitgeschichte [...] die Quelle als Rohstoff für jede weitere Forschung von größter Bedeutung [ist], und ihre Veröffentlichung [...] letzten Endes im wissenschaftlichen Bereich einen multiplikativen Effekt“ hat.²² Goldinger verweist auf die Verbindung von Akteneditionen zu einsetzenden Forschungen zur Geschichte des Parlamentarismus und der Parteien in Deutschland. Die Edition fand in Form eines Forschungsprojektes eine kurzfristige Fortsetzung.²³ Eine Publikation scheidet bis heute an den fehlenden Druckkosten, vielleicht auch an dem fehlenden Willen, die Rolle der christlich-sozialen Partei bei der Zerstörung der Demokratie in Österreich und den Umfang des Antisemitismus in dieser Partei im Detail offenzulegen.

Edition von außenpolitischen Dokumenten

Das Ziel „Quellenpublikationen zur österreichischen Zeitgeschichte“ war in den achtziger Jahren weit gesteckt. Neben der Gesamtedition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik wurde von Rudolf Neck – unter Hinweis auf den internationalen Forschungsstand – auch immer wieder „eine umfassende systematische Publikation der diplomatischen Akten aus der Zeit von 1918 bis 1938 bzw. nach 1945“ gefordert.²⁴ Rückblickend können die Pläne Rudolf Necks für eine umfassende Aktenedition zur österreichischen Außenpolitik als visionär und gemessen an der Realität als illusionär bezeichnet werden. Erst 18 Jahre später erschien unter der Patronanz von Arnold Suppan der erste Band einer schon vor Beginn der Arbeiten auf zehn Bände limitierten Edition von außenpolitischen Dokumenten der Ersten Republik, von denen bis jetzt acht Bände erschienen sind²⁵ und die in der Fachwelt nicht volle Anerkennung gefunden haben.²⁶

²¹ Protokolle des Klubvorstandes der Christlichsozialen Partei 1932–1934, hrsg. von Walter Goldinger, Wien 1980.

²² Ebenda, S. 7.

²³ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung Zl. 20.179/1-22/1984 vom 16. Oktober 1984.

²⁴ Neck, Zur Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik, S. IX.

²⁵ Außenpolitische Dokumente der Republik Österreich 1918–1938 (ADÖ), hrsg. von Klaus Koch, Walter Rauscher, Arnold Suppan, Bde. 1–8, Wien–München 1993 ff.

²⁶ Vgl. dazu etwa die Rezensionen von Hanna Krajewska (in den Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs 44/1996, S. 267–271); von Fritz Fellner (in: Das Historisch-politische Buch, 43. Jg. 1995, 809. Rezension, S. 474); von Wolfgang Elz

Die ÖGQ als Trägerorganisation für wissenschaftliche Projekte und Publikationen

Im Zentrum der Aktivitäten der ÖGQ stand von der Gründung 1980 bis in die unmittelbare Gegenwart immer die Edition der Ministerratsprotokolle, parallel dazu wurden zahlreiche Forschungsprojekte realisiert und Ideen entwickelt, die das hohe Maß an Kreativität und Arbeitsleistung belegen, die eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung hervorbringen kann.

An abgeschlossenen Forschungsprojekten aus den Anfangsjahren der ÖGQ seien hier nur einige stichwortartig angeführt: Regesten der osmanischen Urkunden; Österreichische Annalistik; eine Edition der Vorstandsprotokolle der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei 1918–1923; Vergleich der veröffentlichten Meinung über den Parlamentarismus 1929–1933 und 1971–1974; Protokolle des Klubvorstandes der christlich-sozialen Partei; Militärattaché-Berichte des Generalleutnants Muff 1933–1938. Angedacht war aber auch schon die Edition der Ministerratsprotokolle nach 1945 – deren Realisierung allerdings bis 1995 auf sich warten ließ.

Bei ausreichender Forschungsförderung wären in den achtziger Jahren Editionen entstanden, die die im 21. Jahrhundert kurzfristig postulierte Sicherung des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes in Österreich vorweggenommen hätten.

Evaluierung in Permanenz?

Am Beginn der neunziger Jahre erging vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung an die ÖGQ die Aufforderung zur Ausarbeitung einer Forschungskonzeption der 90er Jahre. In dem Schreiben vom 28. Februar 1990 an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung, zu Händen Dr. Meixner, hieß es u. a.: „Dieses Editions-zentrum [von der Autorin vorgeschlagen] hätte den Vorteil, daß alle bestehenden Editions-unternehmungen mit ihrem umfangreichen wissenschaftlichen Apparat und ihrer technischen Ausrüstung zusammengefasst werden könnten. Mit den zur Verfügung stehenden Subventionsmittel könnte eine effizientere und verstärkte Editionstätigkeit geleistet werden.“²⁷

(in: Historische Zeitschrift, Bd. 286/2008, S. 236); von John C. Swanson (Austrian History Yearbook 40/2009, S. 354).

²⁷ Schreiben an das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung zu Händen Dr. Meixner vom 28. Februar 1990.

Die vorgeschlagene Forschungskonzeption enthielt bereits alle Elemente, die mehr als fünfzehn Jahre später unter dem Begriff NIKE zeitweise die Vertreterinnen und Vertreter von universitären und außeruniversitären Forschungseinrichtungen beschäftigte.

1992 kam es zu einer Status-quo-Erhebung durch das Wissenschaftsministerium.²⁸ Im Jänner 1993 erging ein dreizehn Seiten umfassender „Finanzplan für die Edition der Ministerratsprotokolle der Ersten Republik“ an das Ministerium, der die wissenschaftliche Bedeutung der Edition, den Umfang der ausstehenden und der bis dahin publizierten Bände, die schwierige Personalsituation und eine genaueste Aufschlüsselung der Arbeitsschritte für einen Band und eine Kostenschätzung der einzelnen Tätigkeiten sowie einen mittelfristigen Editionsplan enthielt. Seit dieser Zeit werden in regelmäßigen Abständen und in stereotypen Formulierungen – zuletzt im Sommer 2011 – durch unterschiedliche Geldgeber oder potentielle Förderer – zuletzt durch das BKA – die Fragen nach Umfang und Kosten eines Bandes, zuletzt sogar die Frage nach den Kosten einer Seite, ja einer Anmerkung gestellt.

Im Juni/Juli 1997 kam es neuerlich zu einer schriftlichen Befragung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Die Autorin ließ damals deutlich Kritik einfließen:

„Die Tendenz, die dem Fragebogen zu Grunde liegt, entspricht dem momentanen Zeitgeist. Die Fragen zielen dahin: wie rasch werden wie viele Mengen produziert; wie aktuell wird produziert, was Bund, Länder und Gemeinden wollen [...]. Ganz allgemein muß noch einmal auf das sinkende Interesse ‚des Wissenschaftsministeriums‘ an gesellschaftsbezogener Forschung hingewiesen werden. Ob im Einzelfall der jeweilige Minister, das Ministerbüro, die Ministerialbürokratie, die geänderte Wissenschaftspolitik seit EU-Beitritt, das Sparpaket oder andere Außenstehenden nicht einsichtige Gründe dafür verantwortlich sind, entzieht sich einer genauen Beurteilung. Das Beziehungsgeflecht ist für Außenstehende nicht durchschaubar [...].“

Angesichts dieser damaligen Einschätzungen verwundert es, dass die Zerschlagung der außeruniversitären Forschung noch dreizehn Jahre dauerte. Ein Echo blieb allerdings aus. Forschungspolitische Grundsatzgespräche finden – wie Erich Fröschel es schon Mitte der siebziger Jahre formulierte – „selten in demokratisch kontrollierten und transparenten Gremien statt, sondern sind das

²⁸ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung GZl. 2651/2-21a/1992, 23. März 1992.

Ergebnis informeller Kommunikation zwischen politisch-administrativen Führungsgruppen“.²⁹

Parallel zu den Evaluierungs- und Strukturierungsbestrebungen im Wissenschaftsministerium kam es damals zu intensiveren Kontakten zum FWF. Univ.-Prof. Dr. Grete Walter-Klingenstein engagierte sich in besonderem Maße für die Gesamtproblematik Langzeitedition und im Besonderen für das Zustandekommen der Edition der Ministerratsprotokolle des Kabinetts Figl I. Ab 1997 wurde eine Fachtagung vorbereitet, die im März 1999 im Österreichischen Staatsarchiv stattfand. Diese Standortbestimmung in Sachen Quellen und Quellenedition fand 2003 in einer Publikation ihren Niederschlag, die die ungeheure Bandbreite von damals in Bearbeitung befindlichen Projekten zeigt.³⁰

Forschung bei sinkenden Fördermittel

1995 und 1996 bewirkten Budgetrestriktionen ein Stagnieren bzw. Zurückgehen der allgemeinen Forschungsmittel.³¹ Für die ÖGQ hatte weder die „Technologiemilliarde“ 1997 noch das Programm „Pauschalvorsorge für Technologie- und Exportoffensive“ oder das 2001 gestartete „Offensivprogramm F&E“ etwas gebracht.

In der ÖGQ gab es auch in den neunziger Jahren Forschungsprojekte und Ideen nebeneinander, doch konzentrierten sich die Forschungen auf das 20. Jahrhundert. Dazu gehörte ein biographisches Handbuch der Mandatäre im Ständestaat, das erfolgreich in Kooperation mit dem DÖW 1991 publiziert wurde.³² In weiterer Folge erschien 1997 die Publikation „Diener vieler Herren“³³, ein bio-

²⁹ Erich Fröschel, Vom Forschungsnotstand zur Forschungspolitik – die Diskussion über forschungspolitische Maßnahmen in Österreich seit 1945 vor dem Hintergrund zeitgenössischer Entwicklungstendenzen von Forschung und Entwicklung, Diss., Salzburg 1976, S. 136.

³⁰ Umgang mit Quellen heute. Zur Problematik neuzeitlicher Quelleneditionen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart, hrsg. von Grete Klingenstein / Fritz Fellner / Hans Peter Hye, Wien 2003.

³¹ Fräss-Ehrfeld, Forschungsfinanzierung, S. 133–151.

³² Gertrude Enderle-Burcel, Christlich-ständisch-autoritär, Mandatäre im Ständestaat 1934–1938. Biographisches Handbuch der Mitglieder des Staatsrates, Bundeskulturrates, Bundeswirtschaftsrates und Länderrates sowie des Bundestages, unter Mitarbeit von Johannes Kraus, hrsg. von Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, Wien 1991.

³³ Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, Diener vieler Herren. Biographisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik und des Jahres 1945, hrsg. von

graphisches Handbuch der Sektionschefs der Ersten Republik. Die mit dem Ständestaatsbuch begonnene gute Zusammenarbeit mit dem Dokumentationsarchiv fand eine erfolgreiche Fortsetzung. Von 1991 bis 1994 wurde im Auftrag des Wissenschaftsministeriums an der Edition der Sitzungen des handelspolitischen Ministerkomitees der Jahre 1931 bis 1937 gearbeitet.³⁴ Alle Forschungsaktivitäten dieser Jahre erfolgten in Form von Auftragsforschungen seitens des Wissenschaftsministeriums. Diese in Kollegenkreisen oft angefeindete Art der Forschung – gerne als Gießkannenprinzip abgewertet – erwies sich im Falle der ÖGQ als wirksames Fördermittel.

1993 wurde – wie schon dargestellt – die Edition der Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik auf Projektbasis begonnen. Die Edition kam aber in weiterer Folge nie mehr von diesem mühevollen Finanzierungsmodus weg. Parallel zu den Editionsarbeiten kam es zu einer Beteiligung der ÖGQ an einem internationalen Bankforschungsprojekt der London School of Economics (1988–1993) und an einem Forschungsprojekt des Wissenschaftsministeriums über die Finanzpolitik Österreichs im Mitteleuropa der Zwischenkriegszeit (1993–1995). Die Projektleiterin Univ.-Prof. Dr. Alice Teichova wurde zu einer wichtigen Förderin der ÖGQ und vermittelte internationale Kontakte. Eine rege Konferenzbeteiligung und wirtschaftshistorische Publikationen im Umfeld der ÖGQ geben davon Zeugnis. Es folgten noch drei große internationale Konferenzen (2004 in Wien, 2005 in Bratislava und 2006 in Helsinki) mit entsprechenden Publikationen im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts.³⁵

Quelleneditionen in Österreich – ein Auslaufmodell im 21. Jahrhundert?

Am Beginn des neuen Jahrzehnts gab es wieder neue Überlegungen im Wissenschaftsministerium. Als strategische Zielsetzungen wurden genannt: Transdisziplinarität, Kooperation mit Universitäten, stärkere Netzwerkbildung, Internatio-

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, Wien 1997.

³⁴ Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung GZl. 20.619/2-IV/6/1995, 26. Jänner 1995.

³⁵ „Zarte Bande“ – Österreich und die planwirtschaftlichen Länder, hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel / Dieter Stiefel / Alice Teichova, Wien 2006 (= Mitteilungen des Österreichischen Staatsarchivs, Sonderband 9); Gaps in the Iron Curtain. Economic relations between neutral and socialist countries in Cold War Europe, ed. by Gertrude Enderle-Burcel / Piotr Franaszek / Dieter Stiefel / Alice Teichova, Krakow 2009.

nalisation und systematische Unterstützung von Qualitätsmanagement. Die Überlegungen zielten aber auf den Sektor der Sozialwissenschaften.³⁶ Bei diesen strategischen Überlegungen auf höchster Ebene stellten Einzelinstitutionen wie die ÖGQ kein Thema dar, doch war in weiterer Folge einige Jahre „Erfassen und Erhalten des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes“ ein zumindest verbal formuliertes Forschungsziel. In einer einschlägigen Publikation wurde sogar die Edition der Ministerratsprotokolle angeführt.³⁷

Forschungspolitische Initiativen der folgenden Jahre und das Programm „Dynamische Qualitätssicherung“, das 2005 startete, gingen informations- und spurlos an der ÖGQ vorbei, die erst im Juni 2008 bei einer Fachtagung von diesen Initiativen erfuhr. Vor dem Ende der Edition der Ministerratsprotokolle gab es noch große Forschungsimpulse, die die ÖGQ zeitweise (unbezahlt) beschäftigten und kurzfristig Hoffnungen weckten.

Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe zur Frage der Editionsprojekte

Anfang des Jahres 2006 bildete sich auf Anregung des Rats für Forschung und Technologieentwicklung an der Akademie der Wissenschaften eine Arbeitsgruppe, die in einem Reihungsverfahren die besten Editionsprojekte – fünf bis sieben – auswählen sollte. Unter dem Titel „Regierung und Parlament in Österreich 1848–1970“ sollte eine umfassende Edition der Ministerratsprotokolle 1848 bis 1970 und der Dokumente zur Geschichte des österreichischen Parlamentarismus angegangen werden. Gut vernetzt und in Spitzenposition sollte dieser Initiative aber ein ebenso erfolgloses Ende beschieden sein wie dem vom FWF gestarteten Programm NIKE.

Das Förderprogramm NIKE – Netzwerk Initiative Kulturelles Erbe

2008 plante der FWF im Auftrag des Bundesministeriums für Wissenschaft und Forschung das Förderprogramm NIKE – Netzwerk Initiative Kulturelles Erbe.

³⁶ Impulsbeitrag zur Arbeitsgruppe über strategische Ziele für die Organisations- und Infrastrukturentwicklung. Abstract von Josef Hochgerner, anlässlich eines Workshops am 23. November 2001, veranstaltet vom Rat für Forschung und Technologieentwicklung.

³⁷ Robert Temel / Christian Dögl / Ela Kagel, Wissenschaftliches und kulturelles Erbe in Österreich. Über die Definition, Sammlung, Erfassung, Erhaltung und Zugänglichkeit von wissenschaftlichen Quellen. Studie im Auftrag des Rats für Forschung und Technologie, uma information technology GmbH, Wien 2006.

Zielsetzung, Zielgruppen und Programmstruktur entsprachen voll den wissenschaftlichen Intentionen der ÖGQ: „Die Initiative fördert die Erhebung, Aufnahme, Erschließung, Analyse und Sicherung von Beständen des Kulturellen Erbes auf höchstem wissenschaftlichen und methodischen Niveau als Basis für hochklassige wissenschaftliche Forschung.“ Das Förderprogramm wurde aus Geldmangel eingestellt, bevor es überhaupt zur Ausschreibung kam. Hatte es sich dabei um ein wie „in der Frühzeit der österreichischen Forschungspolitik durchgängiges Muster der kleinen, wiederholten Spiele um sehr wenig Geld“³⁸ gehandelt?

Bevor es zu national vernetzten Forschungsinitiativen kam, ist nun schon wieder eine neue Forschungsströmung im Gange. Internationalität hat nun Priorität.

Die Strategien wechseln schneller als man forschen kann.

Resümee

Unabhängig von den diversen Forschungsströmungen oder vielleicht richtiger gesagt Forschungsmoden wurde in der ÖGQ zwischen 2000 und 2010 versucht, Projekte umzusetzen, die inhaltlich und methodisch die Edition der Ministerratsprotokolle ergänzten. So wollte die ÖGQ sinkende Basissubventionen und knapp bemessene Fondsprojekte ausgleichen, um den hohen Qualitätsstandard zu halten. Ein innovatives Digitalisierungsprojekt der Ministerratsprotokolle bis 1955 wurde allerdings von der Österreichischen Nationalbank abgelehnt.

Neben den regelmäßigen Versuchen, in die Edition der Ministerratsprotokolle der Zweiten Republik eine gewisse Dynamik zu bringen, wurde die Edition der Tagesnotizen des Jahres 1955 von Adolf Schärf begonnen. Das Forschungsvorhaben wurde in mehrjähriger intensiver Arbeit weitgehend unentgeltlich realisiert und 2008 abgeschlossen.³⁹ Dank des großen Engagements der Familien Androsch und Kyrle kam es mit der Edition der Tagesnotizen des Jahres 1952 noch zu einem Folgeband.⁴⁰ Interessante Jahre stehen noch aus, doch ist angesichts der allgemeinen Forschungslage – Streichung von Forschungsmitteln bei gleichzeitigem Trend zu Forschungen, die sich an einer plakativen, noch zu hin-

³⁸ Pichler / Stampfer / Hofer, *Forschung, Geld und Politik*, S. 191.

³⁹ Adolf Schärf, *Tagebuchnotizen des Jahres 1955*, hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel, bearbeitet von Klaus Rubasch, Innsbruck 2008. Zur Entstehungsgeschichte im Detail vgl. S. 9 f.

⁴⁰ Adolf Schärf, *Tagebuchnotizen des Jahres 1952*, hrsg. von Gertrude Enderle-Burcel, bearbeitet von Gertrude Enderle-Burcel, Peter Mähner, Klaus Rubasch, Innsbruck 2010.

terfragenden internationalen Verwertbarkeit orientiert – wenig Aussicht auf Fortsetzung der Edition.

Die Edition der Vorstandsprotokolle der Sozialdemokratischen Partei, die Edition der christlich-sozialen Klubvorstandsprotokolle, die Tagesnotizen von Adolf Schärf, die Protokolle des Bundesparteivorstandes der ÖVP nach 1945 und vieles mehr stehen nach wie vor zur Edition an. Hier fehlt eine Forschungsstätte, die sich verstärkt Parteien- und Parlamentarismusforschung widmeten.

Von den Visionen zurück zur Realität: die seit 2001 sinkenden und seit 2005 nochmals reduzierten jährlichen Basissubventionen leiteten eine immer schwieriger werdende Forschungsphase ein, in der die ÖGQ noch einmal versuchte, verstärkt Drittmittel zu akquirieren. Ein Projektantrag zum „schwarzen Parlamentarismus“⁴¹ in Österreich in den Jahren 1934 bis 1938 reichte nicht aus, um jenen internationalen Status zu erreichen, der derzeit für die Bewilligung von Fondsprojekten vorgegeben ist. Parallel zu allen Editions- und Projektarbeiten gab es wie in den Jahrzehnten davor viele Forschungsideen und Initiativen. Der Kampf um Forschungsgelder wurde zunehmend härter, die Selbstausschöpfung zum Dauerzustand. Die Phasen von Projektentwicklung und Projektneuanträgen überschritten sich immer mehr. 2009 erschien die Publikation „Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky“⁴² – unentgeltlich bearbeitet und in bewährter Kooperation mit dem DÖW beendet.

In dem finanziell immer enger werdenden Rahmen tritt die ÖGQ noch als Veranstalterin internationaler Tagungen auf, für das Unterrichtsministerium wird ein Ausstellungskonzept für eine Wanderausstellung zum Jahr 1945 entworfen und ein umfangreiches Konzept für ein „Zeitzeugenzentrum“ entwickelt. Neben den vielfältigen Eigenaktivitäten war die ÖGQ auch eine Forschungsstätte, die ihre Infrastruktur Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zur Abwicklung von Forschungsprojekten zur Verfügung stellte.⁴³ Über die ÖGQ liefen auch

⁴¹ Zu dem von Antonio Gramsci geprägten Begriff des „schwarzen Parlamentarismus“ vgl. Karin Priester, Antwort auf die Replik von Roger Griffin, in: Roger Griffin / Werner Loh / Andreas Umland (Ed.), *Fascism Past and Present, West and East. An International Debate on Concepts and Cases in the Comparative Study of the Extreme Right*, Stuttgart 2006, S. 364–370, hier 368.

⁴² Rudolf Agstner / Gertrude Enderle-Burcel / Michaela Follner, *Österreichs Spitzendiplomaten zwischen Kaiser und Kreisky. Biographisches Handbuch der Diplomaten des Höheren Auswärtigen Dienstes 1918 bis 1959*, hrsg. von Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes und Österreichische Gesellschaft für historische Quellenstudien, Wien 2009.

⁴³ Vgl. Maren Seliger, *Scheinparlamentarismus im Führerstaat: „Gemeindevertretung“ im Austrofaschismus und Nationalsozialismus. Funktionen und politische Profile Wiener Räte und Ratsherren 1934–1945 im Vergleich*, Wien 2010.

Forschungen zur Widerstandstätigkeit der „Gruppe Landgraf“ durch Dr. Franz Weisz.

Das rund um die Editionen angesiedelte vielfältige Forschungsprogramm, personell und finanziell stets unterversorgt – ein Dienstposten, sinkende Basissubventionen und immer schwieriger zu erlangende Drittmittel – fand mit der Regierungsklausur im Oktober 2010 in Bad Loipersdorf ein jähes Ende. Geplant waren noch Forschungen zu Diplomatinen, zu sozialdemokratischen Eliten, zur Verwaltung im Umbruch 1938 bis 1945, zu Adolf Schärf, zum Wechsel Figl/Raab, zur Regierung Klaus und vieles mehr.

Viele der Forschungsvorhaben hätten starke Berührungspunkte mit den Forschungsinteressen des DÖW gehabt. Dem DÖW ist es zu wünschen, dass es seinen festen und unverzichtbaren Platz in der Forschungslandschaft behält – erkämpft nicht zuletzt durch Herbert Steiner, Wolfgang Neugebauer und Brigitte Bailer-Galanda.

Forschungspolitik muss weh tun – so ein Zitat von Günther Burkert –, doch sollte niemand dem DÖW so weh tun, wie es vielen anderen Institutionen getan worden ist.⁴⁴

⁴⁴ Vgl. dazu Forschungspolitik muss weh tun. Außeruniversitäre Forschung am Jahrhundertende, Podiumsdiskussion mit Willi Bruckner, Günther Burkert, David Campbell, Roland Fischer, Sonja Puntischer-Riekmann, Kurt Stocker, IKUS Lectures, Nr. 16, 3. Jg., 1994.